



Bundesrätin Leuthard: IPCC-Bericht soll globale Klimapolitik zum Handeln anregen

Bern, 03.11.2014 - Der fünfte Bericht des Weltklimarats der UNO (IPCC) solle die aktuelle globale Klimapolitik sowie diejenige für die Zeit nach 2020 zu einem entschiedenen Handeln anregen, sagte Bundesrätin Doris Leuthard heute in Bern. Der Bericht zeige auf, dass den Folgen der Klimaerwärmung sowohl mit einer drastischen Reduktion der Treibhausgas-Emissionen als auch mit Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu begegnen sei. Die Befunde des IPCC sollen die Entscheidungen unterstützen, die an der nächsten Klimakonferenz im Dezember 2014 in Lima und an der Konferenz in Paris 2015 getroffen werden.

Bundesrätin Leuthard verfolgte heute in Bern die Präsentation der wichtigsten Ergebnisse des IPCC-Berichts. In Anwesenheit von Rajendra Pachauri, dem Präsidenten des IPCC, sowie von Thomas Stocker und Chin Dae, den Ko-Präsidenten der Arbeitsgruppe 1 des IPCC (wissenschaftliche Grundlagen), unterstrich die UVEK-Vorsteherin, dass der Bericht ein ausführliches und ganzheitliches Bild der Lage vermittele.

Die Klimaerwärmung sei eine unwiderlegbare Tatsache; die Emissionen waren noch nie so hoch wie heute. Die bisher getroffenen Massnahmen reichten nicht aus, um die Erwärmung bis Ende dieses Jahrhunderts auf ein tragbares Mass eine Zunahme um 2 °C gegenüber der vorindustriellen Zeit zu beschränken..

Handeln, um Risiken zu vermindern

Laut Bundesrätin Leuthard sollen die Ergebnisse des IPCC-Berichts die Klimapolitik auf allen Ebenen zu entschiedenem Handeln anregen: national, international, im Bereich der Emissionsreduktionen und bei der Anpassung an den Klimawandel. Alle Länder stünden daher in der Pflicht, Schritte zu unternehmen, um die Risiken aus den ständig steigenden Treibhausgasemissionen zu reduzieren und die Auswirkungen der menschlichen Aktivitäten auf das Klima zu vermindern. Angesichts des Wachstums der weltweiten Emissionen müssten alle Staaten ohne Ausnahme aktiv werden und nicht auf das Inkrafttreten eines neuen Abkommens warten. Aus dem IPCC-Bericht geht hervor, dass die Zunahme der Emissionen in den letzten zehn Jahren überwiegend auf das Konto der Schwellenländer geht.

Der IPCC-Bericht wird die Entscheide der nächsten Klimakonferenz im Dezember 2014 in Lima und die Konferenz 2015 in Paris unterstützen, an der laut Bundesrätin Leuthard ein neues Klimaabkommen für die Zeit nach 2020 fertiggestellt werden sollte.

Veränderung der Produktionsmethoden und Konsumgewohnheiten nötig

Der Bericht macht aber auch deutlich, dass die Instrumente, mit denen sich die Trendwende bei den Emissionen bewerkstelligen lässt, bereits vorhanden sind: erneuerbare Energien, Grüne Wirtschaft, intelligente Technologien, öffentlicher Verkehr und Energieeffizienz. «Wir haben die Lösung in der Hand, wir müssen indes unsere Produktionsmethoden und Konsumgewohnheiten ändern», erklärte Bundesrätin Leuthard. Dies sei möglich ohne Einbussen bei Komfort und Wohlstand. Sie verwies zudem auf die Energiestrategie 2050, mit welcher der Bundesrat den Verbrauch fossiler Energien mindern möchte.

Ehrgeizige Schweizer Klimapolitik

Die UVEK-Vorsteherin wies darauf hin, dass die Schweiz, die für 0,1 % der globalen Emissionen verantwortlich ist, eine ehrgeizige Klimapolitik betreibt. Das Emissionsreduktionsziel für die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls (2008-2012) wurde erfüllt. Für die zweite Verpflichtungsperiode kündigte die Schweiz an, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 % gegenüber dem Stand von 1990 vermindern zu wollen. Diese Verpflichtung sollte vor der Klimakonferenz von Paris ratifiziert werden. Auch die Umsetzung der Strategie zur Anpassung an den Klimawandel hat bereits begonnen. Ausserdem leistet die Schweiz erhebliche Unterstützung an die Entwicklungsländer, und zwar sowohl durch finanzielle und technische Hilfestellung als

auch beim Kapazitätsaufbau. «Die Schweiz handelt und wird den Kampf gegen die Klimaerwärmung weiterführen», stellte Bundesrätin Leuthard abschliessend in Aussicht.

Adresse für Rückfragen:

Sektion Medien, BAFU, Tel. 058 462 90 00

Herausgeber:**Generalsekretariat UVEK**

Internet: <http://www.uvek.admin.ch>

Bundesamt für Umwelt BAFU

Internet: <http://www.bafu.admin.ch>

Schweizerische Bundeskanzlei

<http://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de>